

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 215. Ratssitzung vom 12. März 2014

4792. 2014/58

Postulat von Niklaus Scherr (AL) vom 26.02.2014: Liegenschaft der Stiftung St. Jakob an der Kanzleistrasse 18, Verzicht auf Wohnungen im Luxussegment

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Niklaus Scherr (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4753/2014): Die Stadt sollte grundsätzlich mit dem Baurechtsnehmer, der selber über Grundeigentum verfügt, welches zur Neunutzung frei wird, über die Konditionen unterhalten. Eine soziale Institution wie die Stiftung St. Jakob, die sich für das Wohl von Benachteiligten einsetzt, sollte dementsprechend auch Wohnungen in einem bestimmten Segment anbieten.

Severin Pflüger (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Der Stiftung wird nichts geschenkt. Sie zahlt das, was die Schätzungs-kommission als Verkehrswert bestimmt hat. Wenn sie in der alten Liegenschaft also Luxuswohnungen realisieren will, dann kann sie das machen. Wir können einem Eigentümer in diesem Falle nicht vorschreiben, wie er zu vermieten hat.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Die Stiftung hat das Recht auch Luxuswohnungen im obersten Preissegment an der Kanzleistrasse zu bauen. Private kann man nicht auf diese Art und Weise einschränken.

Martin Luchsinger (GLP): Der Stadtrat darf in einem grundsätzlichen Geschäft verhandeln. In dem hier vorliegenden Fall ist aber das Postulat falsch adressiert. Einer Stiftung, die nicht profitorientiert ist, kann man das Vertrauen schenken, dass sie keine überrissenen Wohnungen entstehen lässt.

Dr. Pawel Silberring (SP): Wenn wir das Postulat ablehnen, geben wir damit ein falsches Signal. Wir müssen der Stiftung klar kommunizieren, dass wir die Luxuswohnungen nicht wollen. Ein Befehl ist das deshalb noch lange nicht.

Joe A. Manser (SP): In der Realität ist es so, dass behinderte Menschen Probleme haben, günstige und rollstuhlgängige Wohnungen zu finden. Es ist sicher auch nicht gerechtfertigt zu sagen, dass wir hier nicht so genau hinschauen müssen, nur weil es eine Behindertenorganisation ist.

2 / 2

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Bei der Verlängerung der Baurechtsverträge haben wir vorher klar kommuniziert, dass die Stadt ein Verhandlungspartner ist. Wenn die Stadt ein Baurecht abgibt, soll es auch möglich sein, der Baurechtsnehmerin zu sagen, welches Niveau an Wohnungen man nicht realisiert sehen möchte.*

Severin Pflüger (FDP): *Es geht hier um zwei verschiedene Grundstücke. Das eine gehört der Stiftung seit Urzeiten, das andere neu der Stadt. Die einzige Verknüpfung wird künstlich erzeugt. Beide Grundstücke haben unterschiedliche Nutzungen, das eine wird abgegeben, somit können hier Vorschriften gemacht werden. Das zweite Grundstück wird aber von der Diskussion nicht behelligt.*

Das Postulat wird mit 63 gegen 52 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat